

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Redaktion: Gr. ZwingerstraÙe 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. ZwingerstraÙe 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Insetze werden bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 111.

Dresden, Sonnabend den 17. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die preussischen Landtagswahlen.

Der Sieg des Geldwahlsystems. — Das Klassenhaus bleibt fast unverändert. — Große Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen.

Wenn wir die eingehenden Wahlberichte aus den einzelnen preussischen Landtagswahlkreisen mustern, so klingt uns mit furchtbarer Gleichmäßigkeit entgegen: die Wiederwahl des bisherigen konservativen Abgeordneten ist gesichert, oder: die Wiederwahl des bisherigen Zentrumsabgeordneten ist gesichert. Dann und wann kommt die Meldung von der Wiederwahl eines Nationalliberalen oder eines Freisinnigen. Es gab keinen wirklichen Wahlkampf in Preußen und das Ergebnis der gestrigen Wahlmännerwahlen kann keine Überraschungen und keine Neuerungen bringen. Der brutale Mechanismus des Geldwahlsystems entscheidet, daß das neue preussische Abgeordnetenhaus dasselbe Bild der Reaktion aufweisen muß wie das vorherige. Ein Schauspiel des politischen Elends sondergleichen.

Nur in den wenigen Wahlkreisen, in denen die Arbeiterschaft Aussicht hat, auch in der zweiten Wählerklasse eine größere Zahl von Wahlmännern zu gewinnen, also hauptsächlich in Berlin, war eine eigentliche Wahlbewegung zu verspüren. Sonst war fast überall die Wahlbeteiligung schwach und der Wahlausgang steht fest, ehe die Wahl noch begonnen hat. In den agrarischen Bezirken Preußens haben die Junkerkandidaten zum guten Teil keinen oder doch keinen ernst zu nehmenden Gegner. In den meisten städtischen Wahlkreisen bringt schon die Abstimmung in der ersten und zweiten Wählerklasse die Entscheidung. Sind die paar Duzend Wähler in der ersten Klasse und die paar hundert in der zweiten im großen und ganzen derselben politischen Meinung, so braucht die dritte Klasse eigentlich gar nicht mehr zur Wahl zu gehen. Sie mag stimmen, wie sie will, an dem Resultat ist nichts mehr zu ändern.

So konnten sich auch bei der Wahl in Berlin schon am die Mittagsstunde die freisinnigen Herren Rüchgen, Rommeln, Kopitz und Biemer bereits wieder als preussische Volksvertreter fällen; um die Meinung der proletarischen Wähler, die ihr sogenanntes Wahlrecht erst später ausüben, brauchen sie sich keine Sorge zu machen. Daß zu dieser politisch bedeutungslosen Plebs auch der Herr Reichsfinanzminister und preussische Ministerpräsident gehört, ist bekannt. In seinem Wahlbezirk gibt es nur zwei Wähler erster Güte und fünf Wähler zweiter Güte; Herr v. Bethmann selbst drückt sich in der dritten Klasse mit noch 170 preussischen Bürgern herum. Es mag ihm zum Trost gereichen, daß zu ihnen der Herr Reichsfinanzminister gehört, und er wird sich freuen, in diesem Salon der politischen Ratten auch seine Kollegen Solff, Beseler und Delbrück vorzufinden. Vielleicht aber wird es die preussischen Minister v. Dallwitz und v. Trott zu Solz etwas schmerzen, daß sie in ihrem Bezirk in Gemeinschaft mit 174 Portiers und Chauffeuren nicht mehr zu sagen haben als vier Wähler zweiter Klasse und als der Herr Kommerzienrat v. Friedländer-Guld, der für sich allein die erste Klasse bildet. Aber die Herren wissen ja, daß diese Mängel draußen auf dem Lande wieder ausgeglichen werden, so finden sie sich lächelnd damit ab, einen Tag lang zur Plebs zu gehören.

Erfreulicherweise konnten am frühen Nachmittag auch schon die fünf Berliner Kreise, die bisher in der Hand der Sozialdemokratie waren, wieder als unser Besitz gelten. Um den 10. und 12. Kreis in dem dunkeln Bild der preussischen Wahlen den Wahlsieg des Genossen Kus im Wahlkreis Schönberg-Neußölln begrüßen. Im 10. und 12. Kreis hängt der Ausgang der Wahl teils von Stichwahlen teils von der Abstimmung einiger Wahlmänner ab, deren politische Farbe noch nicht bekannt ist.

Von größter Bedeutung aber ist die Zahl der Stimmen, die auf die verschiedenen Parteien entfielen. Denn die Zahl der Stimmen im Vergleich zu der Zahl der Mandate, die auf die einzelnen Parteien fallen, zeigt die maßlose Schändlichkeit des Klassenwahlsystems. Eine volle Uebersicht über die abgegebenen Stimmen ist noch nicht möglich. Aber der Vorwärts kann so viel feststellen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gewaltig gestiegen ist. Er nimmt an, daß eine Million proletarische Stimmen bei dieser Wahl, unter dem öffentlichen Stichwort der Wahl, abgegeben worden sind, während bei der vorigen Wahl 1908 ca. 600 000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden. Das ist ein gewaltiger Volksaufbruch gegen das preussische Unrecht. Die Arbeiterschaft Preußens hat in diesem Kampfe, der unter den allergrößten Schwierigkeiten durchgekämpft werden muß, mit heroischer Tapferkeit gestritten. Ein Volk, das so fest und zahlreich sein Recht einsteht, es wird immer rufen, bis es die Volkswerte der Reaktion durchbricht und ein gerechtes Wahlrecht erobert.

Ein Wahlbild erster Klasse.

Dem Vol. Anz. entnehmen wir folgendes Stimmungsbildchen: „Was schon der Wahlakt in der zweiten Abteilung in hohem Grade ermüdend, so war er in der ersten jedenfalls geradezu eine leere Form. In einem vornehmen Wahllokal in der City mußte das ganze Bureau, das mindestens aus vier Mann zu bestehen hat, eine volle Stunde, von 1 bis 2 Uhr, vergebens auf das Erscheinen des einzigen Wählers 1. Klasse warten. Er hatte zwei Wahlmänner zu nominieren. Woten wurden vom liberalen Wahlkomitee ausgehandelt. Der Wähler kam nicht. Ein bekanntes Mitglied der Partei machte sich selbst auf den Weg, aber auch es brachte den Wähler nicht heron. Unruhig rühten die Herren des Wahlbureaus auf ihren Stühlen hin und her, haben wiederholt nervös nach der Uhr. Punkt 2 Uhr erhob sich der Wahlvorsteher und erklärte mit kühler temperierter Stimme: „Der Wahlakt ist geschlossen, es ist kein Wähler gekommen.“ Im 26. Urwahlbezirk war das Bild das entgegengesetzte. Hier, bei Lautmann, waren zwei Wähler erster Klasse eingetragen: Kommerzienrat Fritz Gugenheim und Bankier W. v. Krouse. Diese beiden Herren erschienen kurz nach Eröffnung des Wahllokals, und da keine weiteren Wähler mehr vorhanden waren, konnte dieser sofort geschlossen werden. Das Wahlbureau feierte diese Mäandlichkeit mit einem Tropfen guten Weins. In den an der Peripherie gelegenen Wahlkreisen sind die Wähler erster Klasse fast vollständig zur Wahl erschienen; der Wahlakt trug auch hier den Stempel einer beglückenden Ruhe.“

Das Wahlergebnis.

Berlin, 17. Mai. Bis 10 Uhr vormittags waren die Ergebnisse aus 206 Wahlkreisen bekannt. Danach sind 379 Kandidaten als gewählt zu betrachten. Gewählt sind 133 Konservative, 45 Freikonservative, 59 Nationalliberale, 25 Volksparteiler, 99 Zentrum, 9 Polen, 2 Dänen, 7 Sozialdemokraten. An 39 Stichwahlen sind beteiligt 15 Konservative, 13 Freikonservative, 20 Nationalliberale, 12 Volksparteiler, 4 Zentrum, 1 Pole und Hund der Landwirte, 1 Deutschsozialer und 13 Sozialdemokraten. Die Konservativen verlieren 11 und gewinnen 7, die Freikonservativen verlieren 6 und gewinnen 2, die Nationalliberalen verlieren 3 und gewinnen 10, die Volkspartei verliert 5 und gewinnt 4, das Zentrum verliert 4 und gewinnt 2, die Sozialdemokraten gewinnen 1, die Polen verlieren 2.

Sozialdemokratische Wahlkreise.

Eroberte Wahlkreise:

- | | |
|---------------------------------|--------------------|
| 5. Berliner Landtagswahlbezirk. | Gewählt: Vorhardt. |
| 6. „ | „ Hoffmann. |
| 7. „ | „ Hirsch. |
| 9. „ | „ Strödel. |
| 11. „ | „ Siebnecht. |
| Neußölln-Schöneberg. | „ Kus. |
| Linden (Hannover). | „ Zeinert. |

Noch unentschieden sind:

- | | |
|----------------------------------|--|
| 10. Berliner Landtagswahlbezirk. | |
| 12. „ | |

In diesen beiden Kreisen fällt die Entscheidung erst nach den Wahlmänner-Stichwahlen.

Sozialdemokratische Stichwahlen.

- | |
|---|
| Pinneberg. Stichwahl zwischen v. Elm (Soz.) und v. Nolke (Freikons.). |
| Dortmund-Land. Stichwahl zwischen Hansmann (Soz.) und Cremer (natl.). |
| Harburg. Stichwahl zwischen Müller (Soz.) und Just (natl.). |
| Altona. Stichwahl zwischen Adler (Soz.) und Waldstein (Volksp.). |
| Osterholz. Stichwahl zwischen Reike (Soz.) und Martens (natl.). |

Auf zu neuen Kämpfen!

Der Vorwärts läßt seine Wahlberachtung in folgendem Appell zu neuen Kämpfen ausklingen: „Wie stark oder wie schwach aber auch schließlich die neue sozialdemokratische Landtagsfraktion sein wird: der Wahlkampf kann nur das Vorbild für den Wahlrechtskampf bilden! Die Massen müssen sich nun erst recht rühren! Die preussische Reaktion in all ihren Schattierungen hat ein gar dickes Fell und ein unerwünscht robustes Gewissen. Sie wird um keinen Schritt zurückweichen, der ihr nicht von

den Wahlrechtsheloten in hartem Kampfe abgerungen wird! Der Wahlkampf kann nur die Einleitung und das Vorbild des Wahlrechtskampfes sein, der alsbald einzusetzen hat!

Und wie sich die Berliner Arbeiterschaft und das preussische Proletariat bei der Wahl vortrefflich geschlagen haben, so werden sie auch in den unausbleiblichen Kämpfen der Zukunft ihren Mann stehen!

Die Parole lautet fürder erst recht: Nieder mit der Dreiklassenherrschaft! Her mit den Volksrechten!

Preßstimmen.

Das konservative Hauptblatt, die Kreuzzeitung, findet noch keine Worte, um den „Sieg“ ihrer Partei zu feiern. Die Deutsche Tageszeitung erhebt sich zu dem komischen Satz: „Was die rechtsstehenden Parteien anlangt, so haben die Konservativen sich bisher ausgezeichnet gehalten.“

Die Tägliche Rundschau (natl.) sagt:

In Berliner Schivere haben die Wahlmännerwahlen sich vollzogen, die im wesentlichen über die Zusammenlegung des fünftägigen preussischen Landtags zu entscheiden hatten. Trotz den kampfhaftesten Bemühungen der Parteiorganisationen gelang es nicht, die tief eingewurzelte Angst der Wahlberechtigten an diesen preussischen Hinderniswahlen zu überwinden. So kam es, wie es kommen mußte: ungeführt wird morgen da sein, was gestern da war... Da sich bei diesen Wahlen alles darum drehte, ob die Rechte einen erheblichen Mandatsverlust werde beibringen können, so ist es nach diesem Verlauf der Wahlen für die innerpolitische Lage in Preußen genau so gut, als ob gar nicht erst neu gewählt worden wäre. Der ganze Aufwand ist rein umsonst veran.

Die Postliche Zeitung schreibt:

„Im ganzen indessen wird der Eindruck kaum trügerisch sein, daß sich ungeachtet mancher Verschleudungen — und in wenigen Fällen auch überraschender Resultate — doch nach den Wahlen vom 8. Juni das Abgeordnetenhaus kein nennenswerter anderer Aussehen zeigen wird als vor der Auflösung und daß jedenfalls hinsichtlich der Reichsbildung alles beim alten bleibt.“

Das Berliner Tageblatt schreibt:

„Wie viel Prozent der preussischen Urwähler gestern ihre Stimmen abgegeben haben, wird uns die Wahlstatistik erst in einiger Zeit genauer erzählen. Aber man weiß, daß unter dem Dreiklassenwahlrecht die Wahlbeteiligung über einige dreißig Prozent nie hinausgekommen ist. Man wird schon hoch rechnen, wenn man annimmt, daß gestern die Wahlbeteiligung auch nur dreißig Prozent ausgemacht hat. Es ist verlorene Liebesmüh, die große Arme der Nichtwähler unter der schwarzen Fahne des Dreiklassenwahlrechts in Feuer führen zu wollen. Sie machen nicht mit und haben die Faust in der Tasche. Die Reaktion feiert einen maßlosen Triumph.“

Auch die liberalen Parteien haben neben einzelnen Niederlagen diesen und jenen Kellerfolg zu verzeichnen. In erster Linie ist die Wiedereroberung von Danzig durch die fortschrittliche Volkspartei zu erwähnen. Die dortigen drei Mandate sind den Konservativen wieder abgenommen worden. Sehr möglich erscheint auch der Sieg Traub in Teltow-Beeskow. Auch in Görtz hat das liberale Abkommen zu einem kleinen Erfolg geführt; hier ist es gelungen, an die Stelle des bisherigen konservativen Reimers den fortschrittlichen Handwerksmeister Hanse zu bringen. In Hellefeld-Halle-Verford wäre eine Ausschaltung der Konservativen möglich, wenn sich beide liberale Parteien mit der Sozialdemokratie verständigten.

In Griesau wird es auch diesmal darauf ankommen, daß sich die Liberalen mit den Sozialdemokraten verbünden, um die vereinigten Konservativen und Freikonservativen zu besiegen. So liegen sich noch einige Wahlkreise anführen, in denen sich der Wind etwas nach der liberalen Seite gedreht hat. Aber sie verschwinden in der starken Masse der ländlichen Wahlkreise, die wieder in hergebrachter Weise konservativ gewählt haben oder vielmehr wählen mußten. Immerhin, die konservativen Hoffnung, es diesmal zu einer Mehrheit aus eigener Kraft zu bringen, hat sich nicht verwirklicht... Gewandert freilich hat sich nichts.

Die Balkan-Krise.

Nach einer Meldung des Reutersbureaus waren bis Freitagabend noch keine Verhandlungen für das Zusammentreten der Friedenskonferenz getroffen. Die erste Sitzung der Konferenz soll am nächsten Montag stattfinden, eine Verschiebung des Zusammentritts scheint aber demnach nicht ausgeschlossen. Die Vorkonferenzvereinbarung tritt am Dienstag zusammen, bis dahin, hofft man, werden alle Delegierten der Balkanstaaten in London eingetroffen sein. Die serbischen und die griechischen Delegierten hatten bis Freitagabend noch keine Instruktionen zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien erhalten.

Während sich in London die Dinge nur schleppend entwickeln, geht es an den Grenzen der einzelnen Balkanstaaten desto munterer zu. Und die Lebhaftigkeit, mit der ein „Grenzverwechslung“ dem andern folgt, hemmt auf der andern Seite den Schwedengang der diplomatischen Friedensaktion noch mehr. Ueber das Verhältnis Serbiens zu Bulgarien wird aus Belgrad gemeldet:

Nach Mitteilungen an maßgebender Stelle ist die serbische Note bezüglich der serbisch-bulgarischen Grenzfrage bis zur Stunde der bulgarischen Regierung noch nicht überreicht worden. In informierten Kreisen wird indessen mit Bestimmtheit erklärt, daß die serbische Regierung tatsächlich ihren Standpunkt in der ge-